

Agenda 2016

Einleitung

Die JUSO hat Visionen für den Kanton Zürich. Immer mehr Menschen sind unzufrieden mit den Bedingungen im Kanton. Sie spüren, wie die Krankenkassenprämien seit Jahren nur noch steigen und gleichzeitig die Reichen fast keine Steuern bezahlen. Sie sehen, dass bei der Bildung immer weiter gespart wird und der nächsten Generation so die Zukunft verbaut wird. Sie erfahren am eigenen Leib, wie die Privatisierungswelle bei den Spitälern nur zu schlechten Arbeitsbedingungen und höheren Kosten führen. Sie vermissen die Solidarität in diesem Kanton, in dem immer mehr Menschen, die Hilfe benötigen, weggewiesen werden.

In den Visionen der JUSO haben solche Zustände keinen Platz. Mit zehn konkreten Punkten wollen wir in den nächsten zwei Jahren im Kanton Zürich unsere Visionen zur Realität machen. Es ist Zeit für eine grundsätzliche Änderung im Kanton!

Migration

Der Kanton Zürich ist die Heimat vieler Migrant_innen und Second@s, die hier einer Arbeit nachgehen, Steuern zahlen und zum Funktionieren des Kanton Zürich beitragen. Unseren Kanton zeichnet daher ein bereichernd hoher Grad an Diversität aus, der nach einer hohen interkulturellen Kompetenz aller Bewohner_innen ruft. Denn durch das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen und Wertvorstellungen entstehen aufgrund sprachlicher Barrieren Verständigungsprobleme, die durch klassische Diskriminierungsfelder wie Hautfarbe, Herkunft und Religionszugehörigkeit verstärkt zur Etablierung einer Zweiklassen-Gesellschaft führen. Diese kommen sowohl auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt als auch im Alltag zum Ausdruck.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Stopp dem Bilden einer Zweiklassen-Gesellschaft!; rechtliche Grundlagen zum Kampf der Diskriminierung nach Herkunft müssen geschaffen und wo vorhanden ausgebaut werden!**
- **Der Kanton verantwortet sich, ein Angebot an kostenlosen Sprachkursen in den Gemeinden zu koordinieren.**
- **Politisches Mitspracherecht für alle Ansässigen im Kanton Zürich.**
- **Kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers im Kanton Zürich.**

Bildungspolitik

Bildung und Ausbildung sind zentrale Aufgaben einer fortschrittlichen, aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft. Nur wenn allen Menschen in dieser Gesellschaft unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozioökonomischem Hintergrund derselbe Zugang zu Bildung und Ausbildung gewährt wird, wird echte Chancengleichheit erreichbar sein: Es darf nicht sein, dass Kinder mit finanziell schwächer gestellten Eltern oder mit Migrationshintergrund eine schlechtere Ausgangslage haben als andere Kinder. Ebenfalls muss der Zugang zur Bildung für Sans-Papiers oder die Möglichkeiten für Asylbewerber eine Lehre zu absolvieren gewährleistet werden.

Aber nicht nur der offene Zugang zu Bildung für alle, sondern auch das duale Bildungssystem muss verbessert werden: Durch die Ausbeutung von Lernenden als billige Arbeitskräfte werden jährlich rund 500 Millionen Gewinn gemacht, oftmals wird dabei die Ausbildung der Lernenden massiv vernachlässigt.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Alle Volksschulen sind als Tagesschulen auszustatten.**
- **Bildung ist auf allen Stufen, vom Kindergarten bis zur Fachhochschule/Universität gratis.**
- **Bessere Lehrbedingungen: Einen Mindestlohn für Lernende, besseren Schutz, Mitsprache bei der Aufsicht und mehr Bildung!**

Gesundheit

In der schweizerischen Gesundheitspolitik gibt es massiven Nachholbedarf. Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr an, profitgierige Krankenkassen beschäftigen einen asozialen Wettbewerb um sogenannte «gute Risiken», Spitäler werden privatisiert, was zu einem Abbau der Qualität der Gesundheitsversorgung und schlechteren Arbeitsbedingungen für das Personal führt. Krankenkassenprämien gehören neben den Mieten zu den teuersten Fixkosten, die Einzelpersonen und Familien viel Geld rauben und sich sogar wie degressive Steuern verhalten. Für die JUSO Kanton Zürich ist klar, dass profitgierige private Krankenkassen in der Gesundheitsversorgung nichts zu suchen haben und die Krankenkassenprämien für alle Menschen erschwinglich sein müssen.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Kein asozialer Wettbewerb im Gesundheitswesen: Eine öffentliche kantonale Krankenkasse mit progressiv ansteigenden Prämien versichert alle Menschen im Kanton Zürich mit der Grundversicherung.**
- **Keine Privatisierung von Spitälern! Ein massiver Ausbau der Prämienverbilligung im Kanton Zürich**

Sicherheit

Die Sicherheit muss im Interesse der Menschen liegen. Sie soll die Grundlage für die Entfaltung des Menschen sein und für dauerhaften gesellschaftlichen Fortschritt sorgen. Ebenfalls muss sie konsequent in demokratischer Hand sein. Privaten Sicherheitsfirmen darf die Staatsgewalt nicht übertragen werden, da dies einem bewusstem Demokratieabbau gleichkommt. Ein durchgehendes Verbot des Tragens von Schusswaffen für alle nicht-polizeilichen Sicherheitskräfte muss daher eingesetzt werden. Auch gegen «Racist Profiling» soll noch viel aktiver vorgegangen werden. Es darf nicht sein, dass Menschen nur auf Grund ihrer Hautfarbe kontrolliert werden.

Immer wieder werden Grundrechte der Bürger_innen unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit ausgehebelt. So werden Staatstrojaner schon jetzt, ohne gesetzlich geregelte Grundlage, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Keine Privatisierung im öffentlichen Dienst.**
- **Demokratische Kontrollen der Sicherheitskräfte.**
- **Das Recht von Freiheit und Privatsphäre ist konsequent dem Überwachungsstaat vorzuziehen, daraus folgt, dass Vorratsdatenspeicherung und Staatstrojaner verboten bleiben müssen. Zudem müssen die vergangenen Einsätze der Überwachung komplett veröffentlicht werden.**
-

Raumplanung

Stadtentwicklung orientiert sich heute an Kapitalinteressen, nicht an den Interessen der Menschen an bezahlbarem Wohnraum und einer lebenswerten Stadt. Wohnungen werden nicht gebaut, damit Menschen Wohnraum haben, sondern um damit möglichst hohen Profit zu machen. Während viele Luxuswohnungen leer stehen, herrscht gleichzeitig Wohnungsnot. Günstige Wohnungen rentieren einfach nicht. Quartiere in Zentrumsnähe werden aufgewertet, weil danach die Mieten und Profite steigen, nicht damit die Bewohner_innen ein schöneres Quartier haben. Die ursprünglichen Bewohner_innen werden im Gentrifizierungsprozess in ärmere Gegenden an den Stadtrand und in die Agglomeration verdrängt und ihre sozialen Netzwerke und ihr Zugang zur Stadt erschwert. Oftmals werden Sanierungs- und Aufwertungsmassnahmen unter dem Deckmäntelchen Ökologie propagiert. Wobei jedoch durch die Verdrängung von armen durch reiche Bewohner_innen die Wohnfläche pro Person steigt und damit trotz ökologischer Sanierung der Energieverbrauch pro Person nicht gesenkt werden kann.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Kollektivierung des Bodens: Aufkauf statt Ausverkauf von Gemeindeland! Förderung von Wohn- und Gewerbecooperativen!**
- **Wiedereinführung einer, auf die Besitzdauer degressiv angelegten, Handänderungssteuer. Mit einer Steuer auf den Verkauf von Land wird der Spekulation entgegengewirkt, zudem würde eine auf Zeit degressiv angelegte Steuer nur die Spekulant_innen treffen und langjährige Hausbesitzende nur gering treffen.**
- **Leerstehende Wohnungen sollen verstaatlicht werden um der Wohnungsnot Einhalt zu gebieten.**

Kultur und Freiräume

Der finanzstarke Kanton Zürich hat in Sachen Kultur einiges aufzuholen. Bei den jährlichen Kulturausgaben pro Einwohner_in inklusive Lotteriebeiträge belegt Zürich mit 318 Franken lediglich den siebten Platz und liegt damit deutlich hinter Basel-Stadt, Genf und sogar Neuenburg, Zug, Tessin und Waadt.¹ Die kantonalen Kulturausgaben sind jedoch nicht nur tief, sondern auch ungleichmässig verteilt. Während kleine Institutionen und Freischaffende

¹ Quelle: Bundesamt für Statistik (Daten), Bundesamt für Kultur (Berechnung)

mit dem Spardruck der bürgerlichen Mehrheit mit immer kleiner werdenden Subventionen wirtschaften müssen, sieht sich das Opernhaus mit jährlichen 81 Millionen Franken, was ohne Zentrumslastenausgleich 80.3% des kantonalen Kulturbudgets entspricht, in komfortabelster Lage.² Die horrende Unverhältnismässigkeit führt zu einer schrittweisen Kommerzialisierung der Kleinkunst; nicht rentable Institutionen werden links liegen gelassen.

Öffentliche Plätze und der Zugang zum See wird immer weiter in privaten Besitz abgegeben, dabei werden vor allem die Jungen Menschen aus den Zentren der Städte verdrängt. Es muss gewährleistet sein, dass öffentliche Veranstaltungen, wie Fester und Partys, auch bewilligungsfrei in der Innenstadt veranstaltet werden können. So kann gewährleistet werden, dass wieder genügend Freiräume für alle Menschen entsteht.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Kein Sparen bei der Kultur; schrittweise Erhöhung des Kulturbudgets zwecks Förderung individueller Kleinkunst und Schaffen von Verhältnismässigkeit! Ein Prozent des kantonalen Budgets gehört der Kultur!**
- **Die Zukunft nicht vernachlässigen; Kinder- und Jugendförderung in allen Kulturbereichen aufrecht erhalten! Es muss wieder vermehrt kostenlose Räumlichkeiten für die kulturelle Entfaltung der Jugend geschaffen werden, wir fordern mehr gratis Bandräume und Ateliers.**
- **Der Kommerzialisierung entgegentreten; Freiräume schaffen für die bewilligungsfreie Verwirklichung individueller, nicht-kommerzieller Kreativität!**

Wohnungspolitik

Die Mieten steigen im Kanton Zürich wie in der Schweiz als Ganzes Jahr für Jahr an – 2014 verzeichnete sogar eine Mietpreisindexerhöhung von 1.2%.³ Dies bewirkt, dass viele Familien in die Agglomerationen verdrängt werden und selbst dort eine prekäre Situation vorfinden. Vergessen werden dabei häufig auch Student_innen und junge Berufstätige, die finanziell noch schwieriger dastehen und denen Wohngemeinschaften in dezentral gelegenen Gebieten oder mit horrend hohen Mieten auch nicht das bieten, was ihnen zustünde. Folglich muss der soziale Wohnungsbau ausgebaut und auch auf junge Menschen ausgeweitet werden, die gerne in einer Wohngemeinschaft leben würden.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Im Kanton Zürich sind 1/3 der Wohnungen aus sozialem Wohnungsbau.**
- **Die Schaffung von Wohngemeinschaften wird unterstützt. Dafür werden ausreichend günstige Wohnungen zur Verfügung gestellt.**
- **An die Wohnungsfindung gekoppelte, finanzielle staatliche Unterstützung für mittellose Menschen in Ausbildung.**

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe sollte allen Bewohner_innen der Schweiz eine wirtschaftliche Absicherung bieten. Diese unterstützenswerte Idee wird in den letzten Jahren zunehmend kritisiert: Mit Begriffen wie „soziale Hängematte“ unterstellen die Bürgerlichen allen

² Quelle: Finanzdirektion Kanton Zürich

³ Quelle: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/06/blank/key/index.html>.

Sozialhilfebezüger_innen eine allgemeine Faulheit oder Unfähigkeit und es wird gefordert, sie mit Detektiven zu überwachen. Dies ist besonders absurd, wenn man bedenkt, dass ein Drittel der Bezüger noch Kinder sind.⁴

Eines der grössten Probleme der Sozialhilfe ist die soziale Stigmatisierung. Diese lässt sich nicht per Gesetz verhindern. Für uns JUSOs ist aber klar: Zu bekämpfen sind nicht die Sozialhilfebezüger_innen, sondern die Umstände, die verhindern, dass diese Personen ausreichend Lohn erhalten!

Eine Möglichkeit wäre die Schaffung eines Wiedereingliederungsfonds. Oft haben die auf Sozialhilfe angewiesenen Personen keine abgeschlossene Berufsausbildung.⁵ Daraus resultiert ein zu tiefer Lohn oder lange Arbeitslosigkeit. Ein Wiedereingliederungsfonds kann insbesondere jungen Erwachsenen die Möglichkeit bieten, die Ausbildung nachzuholen und sich zu entfalten.

Ein weiteres Problem der Sozialhilfe ist die unsolidarische Kostenverteilung. Die Gemeinden haben zwar keinen Einfluss auf die gezahlten Gelder, müssen aber alle Kosten selber tragen. Gerade für kleinere Gemeinden kann dies zu unschönen Schwankungen im Budget führen.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Die Sozialhilfe wird kantonalisiert.**
- **Es soll ein Fonds zur Wiedereingliederung in die Berufswelt, sowie für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dieser ist ähnlich wie der Berufsbildungsfonds zu organisieren und zu finanzieren. Ebenso sollen staatliche Betriebe beauftragt werden, Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen, einzustellen, oder auszubilden. Somit kann eine Reintegration in den Arbeitsmarkt vereinfacht werden.**

Steuern

Ein gerechtes Steuersystem verteilt das Geld der Reichen an die Armen um, ermöglicht einen ausgebauten Service Public – gute Bildungsinstitutionen, öffentlichen Verkehr, Freiräume, Kinderbetreuung – und führt zu einer gerechteren Gesellschaft. Leider verdienen in der Schweiz einzelne Menschen viel zu viel und bezahlen viel zu wenig Steuern auf ihr Abzockersalär, die Vermögenssteuern sind zu tief und Erbschaftssteuern sind praktisch überall abgeschafft. Im Kanton Zürich herrscht ein ungesunder Steuerwettbewerb, der dazu führt, dass man in Rüschlikon fast halb so viel Steuern zahlt wie in Dietikon – davon profitieren aber leider fast nur die Reichen. Auch ein völlig unübersichtliches System von Steuerabzügen führt dazu, dass sich einzelne vermögende Personen mit einer kreativen Buchhaltung, um viele tausend Franken Steuergelder herumschuggeln können, die sie der Gesellschaft eigentlich schulden.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Gerechtere Einkommenssteuern: Tiefe Einkommen müssen zugunsten von Abzockersalären entlastet werden.**
- **Die Gemeindesteuerfüsse im Kanton Zürich müssen harmonisiert werden.**

⁴ Quelle: <http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/Die-harten-Zahlen-zur-Zuercher-Sozialhilfe/story/27655759>.

⁵ Quelle: ebd.

- **Das System der Steuerabzüge muss besser geregelt werden, dass wirklich nur Menschen davon profitieren könne, die sie am nötigsten haben. Es darf nicht sein, dass Steuerabzüge als Schlupflöcher für Schwerreiche dienen.**
- **Banken und sonstige Unternehmen müssen endlich wieder gerecht besteuert werden. Wir setzen uns daher gegen jegliche Steuerausfälle im Zusammenhang der Unternehmenssteuerreform III ein.**

Transparenz in der Parteienfinanzierung

Die Nationalratswahlen dieses Jahres werden die teuersten in der Geschichte der Schweiz. Es ist bedenklich, dass Parteien und Lobbygruppen die schweizerische Bevölkerung zum einen zu kaufen versuchen, zum anderen nicht klar ist, wo das Geld herkommt. Dieser Missstand, der auch schon mehrere Male vom Europaparat gerügt worden ist, gilt es zu beheben. Es darf nicht sein, dass im Hinterzimmer, im Ausschluss der Öffentlichkeit, Millionen in Wahlen und Abstimmungskämpfe investiert werden, ohne, dass die Zürcher_innen über den Absender der Gelder informiert sind.

Die JUSO Kanton Zürich fordert deshalb:

- **Alle Parteien und sonstige politische Gruppierungen, Kampagnenkomitees, Lobbyorganisationen und sonstige Organisationen, die sich an Abstimmungskämpfen sowie Wahlen beteiligen, sowie deren KandidatInnen und MandatsträgerInnen müssen ihre Finanzen und Interessensbindungen offenlegen.**
- **Die Parteien müssen die Namen der juristischen und natürlichen Personen, die zur Finanzierung beigetragen haben, mit Angabe des jeweiligen Betrags offenlegen. Ausgenommen sind Spenderinnen und Spender, deren Zuwendung insgesamt Fr. 5000.- pro Jahr nicht übersteigt.**